



Postulat der ALG-Fraktion

betreffend Massnahmen gegen missbräuchliche Wohnsitznahme zu Steuerzwecken

(Vorlage Nr. 3993.1 - 18330)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 5. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die ALG-Fraktion hat am 8. September 2025 ein Postulat «Massnahmen gegen missbräuchliche Wohnsitznahme zu Steuerzwecken» eingereicht (Vorlage Nr. 3993.1 - 18330). Der Kantonsrat hat das Postulat am 2. Oktober 2025 an den Regierungsrat zur Antragstellung überwiesen. Wir unterbreiten Ihnen dazu Bericht und Antrag wie folgt:

1. Ausgangslage

Die ALG-Fraktion ersucht den Regierungsrat, Massnahmen zu prüfen, wie der missbräuchlichen Nutzung von Wohnraum zur Umgehung der ordentlichen Wohnsitzpflicht und zu Steuerzwecken entgegengewirkt werden kann. Hintergrund bilden Hinweise darauf, dass natürliche Personen ihren steuerrechtlichen Wohnsitz im Kanton Zug geltend machen, ohne hier tatsächlich ihren Lebensmittelpunkt zu begründen.

2. Stellungnahme zum Postulatsanliegen

Der steuerrechtliche Wohnsitz bestimmt sich nach Bundesrecht und besteht dort, wo sich eine Person mit der Absicht des dauernden Verbleibens aufhält. Entscheidend ist der tatsächliche Lebensmittelpunkt. Die Beurteilung erfolgt anhand einer Gesamtwürdigung der konkreten tatsächlichen Verhältnisse im Einzelfall. Massgeblich sind insbesondere der effektive Aufenthalt sowie die familiären, sozialen und wirtschaftlichen Bindungen. Auf blosser Absichtserklärungen oder formeller An- und Abmeldungen kommt es nicht an. Der steuerrechtliche Wohnsitz ist nicht frei wählbar. Diese anerkannten Grundsätze gelten unverändert und bilden die Grundlage der wohnsitzrechtlichen Beurteilung im Steuerrecht.

Bereits in der Antwort auf die Frage zur Kleinen Anfrage der Alternativen Fraktion zu Scheineinwohnerinnen und Scheineinwohnern (Vorlage Nr. 1786.1 - 13013) wurde festgehalten, dass der Kanton Zug über die notwendigen rechtlichen und administrativen Instrumente verfügt, um missbräuchlichen Wohnsitznahmen wirksam zu begegnen. An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert. Der bestehende Rechtsrahmen erlaubt es, auch komplexe Sachverhalte sorgfältig zu prüfen und Scheinwohnsitze im Einzelfall zu erkennen sowie zu sanktionieren.

Diese Beurteilung wurde auch in der Antwort zur Kleinen Anfrage von Ronahi Yener und Christian Hegglin zu den Voraussetzungen eines Steuerdomizils (Vorlage Nr. 3255.1 - 17228) bestätigt. Der Regierungsrat führte darin aus, dass die Zuständigkeiten im Bereich der Wohnsitzabklärung klar geregelt sind. Den Einwohnergemeinden kommt dabei aufgrund ihrer örtlichen Nähe und ihrer Kenntnis der lokalen Verhältnisse eine zentrale Rolle zu. Sie stellen die frühzeitige Erkennung von Auffälligkeiten und die Einleitung vertiefter Abklärungen sicher. Ergänzend überprüft die kantonale Steuerverwaltung bei Zuzügen, ob der geltend gemachte steuerrechtliche Wohnsitz beziehungsweise der behauptete Lebensmittelpunkt den bundesrechtlichen Vorgaben entspricht. Dabei stützt sie sich auf die von den Gemeinden erhobenen Informationen

und nimmt bei Bedarf eigene Prüfungen vor. Zudem führte der Regierungsrat aus, dass Wohnsitzabklärungen fester Bestandteil des ordentlichen Steuerverfahrens sind und eine umfassende sowie wahrheitsgetreue Offenlegung der persönlichen Verhältnisse durch die Steuerpflichtigen voraussetzen. Bei Unklarheiten oder widersprüchlichen Angaben werden vertiefte Abklärungen vorgenommen. Der Regierungsrat hielt fest, dass die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten kantonalen und kommunalen Stellen eingespielt und zuverlässig funktioniert.

Diese Praxis wird auch durch Medienberichte bestätigt. So zeigt ein Bericht der Zuger Zeitung vom 5. Februar 2026 auf, wie die Zuger Gemeinden bei Verdacht auf Scheinwohnsitze oder missbräuchliche Wohnsitznahmen vorgehen. Dabei wird deutlich, dass die Gemeinden ihre gesetzlichen Möglichkeiten bereits heute aktiv nutzen, systematisch prüfen und bei Unstimmigkeiten vertiefte Abklärungen vornehmen. Der Bericht verdeutlicht zudem, dass die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und kantonalen Stellen ein zentraler Bestandteil des Vollzugs ist und dass Verdachtsfällen konsequent nachgegangen wird.

Vor diesem Hintergrund besteht aus Sicht des Regierungsrats kein Bedarf, die geltenden rechtlichen Grundlagen zu überprüfen oder anzupassen. Zusätzliche Regelungen oder Massnahmen würden das bewährte System unnötig verkomplizieren, ohne erkennbaren Mehrwert zu bringen. Insgesamt gelangt der Regierungsrat zum Schluss, dass die bestehenden Abläufe und Zuständigkeiten im Bereich der steuerlichen Wohnsitzabklärung sachgerecht ausgestaltet sind und sich in der Praxis bewährt haben. Verdachtsfällen wird im bestehenden System konsequent nachgegangen. Ein weitergehender gesetzgeberischer oder organisatorischer Handlungsbedarf besteht aus heutiger Sicht nicht.

3. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, das Postulat der ALG-Fraktion betreffend «Massnahmen gegen missbräuchliche Wohnsitznahme zu Steuerzwecken» vom 8. September 2025 (Vorlage Nr. 3993.1 - 18330) nicht erheblich zu erklären.

Zug, 5. Mai 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Der Landschreiber: Tobias Moser